

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Oliver Gerriets
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Siegfried Kasiske
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Ratsvorsitzender Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Beigeordneter Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied WBV-Fraktion

Ratsmitglied Sabine Aretz
Beigeordneter Stefan Becker
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Rainer Büscher
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski

Mitglied Gruppe UWG/Grüne

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Beigeordneter Michael von den Berg
Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Mitglied BASU

Ratsmitglied Helga Weinstock

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtrat Oliver Leinert

von der Verwaltung

Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Fiedelak
Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Stv. Fachbereichsleiterin Rechnungsprüfungsamt Heike Jacobs
Fachbereichsleitung Finanzen Jörg Valnion

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Werner Bohlen-Janßen
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Björn Heinisch

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 18

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

6.1	Bildung von Wahlbereichen für die Wahl des Rates der Stadt Wilhelmshaven am 11. September 2016	334/2015
6.2	Änderung der Hauptsatzung	283/2015
6.3	Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven	341/2015
6.4	Wahl eines Vertreters der Stadt für die Hans-Beutz-Stiftung	330/2015
6.5	Abberufung eines Mitglieds des Beirats „Marketing“ der Ostfriesland Tourismus GmbH und Benennung eines neuen Mitgliedes	331/2015
6.6	Abberufung eines Mitgliedes des Aufsichtsrats der JadeWeserPort InfoCenter GmbH und Benennung eines neuen Mitgliedes	339/2015
6.7	Wahl eines Vertreters der Stadt für die Gesellschafterversammlung der JadeWeserPort InfoCenter GmbH	342/2015
6.8	Jobcenter Wilhelmshaven a) Trägerversammlung b) Standort Team U 25	344/2015
7.1.1	Aufgabe der Beteiligung an der Ostfriesland Tourismus GmbH	337/2015
7.1.2	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	329/2015
7.2.1	Bebauungsplan Nr. 82 (vorhabenbezogen)/Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 27 (VEP027)-Posener Straße /Ostfriesenstraße- 1. Zustimmung zum Durchführungsvertrag, 2. Behandlung der Stellungnahmen, 3. Satzungsbeschluss und 4. Beschluss über die Neubekanntmachung des Flächennutzungsplans 1973	319/2015
7.2.2	Bebauungsplan Nr. 154-Ehemalige Gärtnerei Lenauweg- Entwurfsbeschluss	318/2015
7.2.3	Bebauungsplan Nr. 149-Nordhafen Neu - 1. Behandlung der Stellungnahmen und 2. Satzungsbeschluss	317/2015
7.2.4	Städtebaulicher Denkmalschutz Städtebauliche Erneuerungsmaßnahme "Wilhelmshaven-Östliche Südstadt" Beschlüsse zur Programmaufnahme	274/2015
7.2.5	Beschluss über den Verkehrsentwicklungsplan (VEP), Teil : Motorisierter Individualverkehr (MIV) - Prognose 2030 und Planfälle	225/2015
7.2.6	STEP Plus Wilhelmshaven Integrierter Stadtentwicklungsplan - Handlungsprogramm	285/2015
7.2.7	STEP Plus - Beirat für Stadtentwicklung Geschäftsordnung und Besetzung - Mitglieder	279/2015
7.2.8	Antrag Ratsherr Dr. von Teichman (FDP) auf Veröffentlichung des Gutachtens „Wassertouristisches Entwicklungs- und Nutzungskonzept“	543/2015
7.2.9	Sanierung Feuerschiff „Weser“, Zukunft der Museumsschiffe	184/2015
7.3.1	Betriebsführungsvertrag "UNESCO - Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum" e.V.	301/2015
7.3.2	Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und Entgeltordnung für den Rettungsdienstbereich Wilhelmshaven	321/2015
7.3.3	Antrag Gruppe UWG/Grüne auf Verabschiedung eines Handlungsauftrages an die Verwaltung bezüglich Hundefreilaufflächen	547/2015
7.4.1	JadeWeserPort: Erfüllung der Verpflichtung zu einer Infrastrukturkostenbeteiligung hier: Übertragung von Grundstück und Darlehen auf den Eigenbetrieb GGS	347/2015
8	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
9	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Möhle eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Möhle verlas anschließend einen Brief, der von Schülern der IGS anlässlich des Weltklimagipfels als Zeichen gegen den Klimawandel eingereicht worden war.

Abschließend dankte er der Protokollführerin mit der Übergabe eines Blumenpräsenes für die im vergangenen Jahr besonders im Zuge der zahlreichen Fraktionswechsel geleistete Arbeit.

2 Feststellung der Tagesordnung

Oberbürgermeister Wagner informierte, die Beschlussvorlage Nr. 337/2015 („Aufgabe der Beteiligung an der Ostfriesland Tourismus GmbH“), Tagesordnungspunkt 7.1.1, werde zurückgezogen. Zu diesem Thema hätten sich zwischenzeitlich neue Optionen ergeben, die die Verwaltung zunächst weiterverfolgen wolle. Eine Beschlussfassung könne daher erst im nächsten Jahr erfolgen.

Herr Becker beantragte, die Vorlage Nr. 338/2015 aufgrund der bereits erfolgten umfangreichen Berichterstattung in der WZ in den öffentlichen Teil der Sitzung zu verlagern.

Herr Stoffers erklärte, da es sich hier um eine Auftragsvergabe handele, müsse dieses Thema aus Datenschutzgründen nichtöffentlich behandelt werden. Darüber hinaus bestehe ein rechtliches Problem: Die öffentliche Tagesordnung müsse in der Tageszeitung bekannt gemacht werden. Da dies hier nicht erfolgt ist und auch eine Eilbedürftigkeit, welche eine öffentliche Beratung ohne vorherige Bekanntmachung rechtfertige, nicht vorliege, sei eine Verschiebung eines nichtöffentlichen Tagesordnungspunktes in den öffentlichen Teil nicht möglich.

Herr Becker schlug vor, dann zumindest die Diskussion darüber öffentlich zu führen und die Abstimmung in nichtöffentlicher Sitzung zu belassen.

Herr Föhlinger merkte an, es sei bereits mit der Veröffentlichung in der WZ der demokratische Grundsatz verletzt worden. Eine öffentliche Diskussion sei daher abzulehnen.

Der Antrag von Herrn Becker wurde anschließend gegen die Stimmen von WBV-Fraktion, Gruppe UWG-Grüne, FDP und BASU **mehrheitlich abgelehnt**.

Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Form genehmigt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 16.09.2015

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 16.09.2015 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Zur „aktuellen Stunde“ lagen keine Beratungspunkte vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Informationen vor.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Hellwig)

6.1 Bildung von Wahlbereichen für die Wahl des Rates der Stadt Wilhelmshaven am 11. September 2016

334/2015

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.12.2015 vor.

Herr Becker beantragte folgende **Änderung**:

„Die WBV-Fraktion stellt den Antrag auf Änderung auf einen Wahlbereich.“

Die Änderung begründete er damit, dass jedem Bürger die Möglichkeit gegeben werden sollte, die Ratsmitglieder aus dem gesamten Stadtgebiet zu wählen. Dies dürfe nicht von der Größe des Wahlzettels abhängig gemacht werden oder aber vom Wahlbereich, in dem das jeweilige Ratsmitglied gerade aufgestellt worden sei.

Frau Weinstock stimmte dem Ansinnen zu und ergänzte, dass Einzelbewerber bei nur einem Wahlbereich eine größere Chance hätten, gewählt zu werden.

Der **Änderungsantrag** wurde anschließend bei 10 Ja-Stimmen (WBV-Fraktion, Frau Weinstock, BASU und Herr Dr. von Teichman, FDP) **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 9 Gegenstimmen: WBV-Fraktion; Frau Weinstock, BASU)

Das Wahlgebiet Wilhelmshaven wird für die Wahl des Rates der Stadt Wilhelmshaven am 11. September 2016 in zwei Wahlbereiche eingeteilt. Sie bestehen aus der Zusammenfassung der ehemaligen Wahlbereiche Süd und Ost (neu: Süd-Ost) und der ehemaligen Wahlbereiche Nord und West (neu: Nord-West).

6.2 Änderung der Hauptsatzung

283/2015

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.12.2015 vor.

Herr Föhlinger bat um nähere Erläuterungen, zumal der Ortsrat darüber keinen Beschluss gefasst habe.

Herr Stoffers erklärte, das Thema sei zweimal im Ortsrat vorberaten worden. Bei der vorgeschlagenen Änderung gehe es hauptsächlich um die Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben der Verwaltungsstelle Sengwarden für die Stadtverwaltung, die so genannte Hilfsfunktion, welche nunmehr entfallen sollten. Aufgrund der

geringen Frequentierung der Verwaltungsstelle im Bereich Meldewesen sei die Übernahme dieser Hilfsfunktion mittlerweile entbehrlich geworden. Die Rechte des Ortsbürgermeisters hingegen würden nicht berührt. Im Übrigen sei der Ortsbürgermeister über das Vorhaben informiert.

Herr von den Berg signalisierte die Ablehnung seiner Gruppe. Nach deren Meinung müssten andere Maßstäbe bezüglich des Betriebs der Verwaltungsstelle angesetzt werden. Den Sengwardern dürfe diese Einrichtung nicht genommen werden. Er äußerte die Befürchtung, dass dies weitere Schließungen, wie zum Beispiel von Schule oder Feuerwehr, nach sich ziehe. Aus seiner Sicht habe der Grenzänderungsvertrag, auf welchen diese Regelung fuße, noch Bestand und daher halte er die hier vorgeschlagene Änderung für rechtlich nicht korrekt.

Auf Bitten von **Herrn Dr. von Teichman** erläuterte **Herr Stoffers** den Zusammenhang mit dem Grenzänderungsvertrag. Nachdem es immer wieder Auslegungsschwierigkeiten bezüglich des Vertrages gegeben habe, sei im Jahr 2011 auf Anregung des damaligen Ortsbürgermeisters die Kommunalaufsicht zum Thema befragt worden. Dort sei die Auffassung vertreten worden, dass sich die allgemeinen Lebensumstände seit Abschluss des Vertrages 1970 geändert hätten. Außerdem sei der Vertrag mit der damaligen Gemeinde Sengwarden geschlossen worden, welche heute gar nicht mehr existiere. Es gebe hier keinen Rechtsnachfolger; auch der Ortsrat könne nicht als solcher gelten und damit keinerlei Rechte aus diesem Vertrag herleiten. Zusammenfassend lasse sich feststellen, dass der Vertrag mittlerweile als erfüllt anzusehen sei. Darum stehe dieser Beschluss auch nicht im Widerspruch zum damaligen Vertrag.

Die Frage von **Frau Weinstock** nach etwaigen Folgen für den Ortsbürgermeister beantwortete **Herr Stoffers** dahingehend, dass es allein um den Wegfall der Hilfsfunktion der Verwaltungsstelle gehe. Die Position des Ortsbürgermeisters werde durch den Beschluss nicht berührt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

(bei 4 Gegenstimmen: Gruppe UWG/Grüne und 1 Enthaltung: Herr Lietzmann, WBV-Fraktion)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven laut Anlage.

6.3 Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven **341/2015**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.12.2015 vor.

Herr Dr. von Teichman monierte den Wegfall des Namens „Reinhard Nieter“ für das Krankenhaus, da so das Andenken an einen verdienstvollen Mitbürger verloren gehe.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

(bei 1 Gegenstimme: Herr Walzner, Gruppe UWG/Grüne und 2 Enthaltungen: Frau Weinstock, BASU und Herr Dr. von Teichman, FDP)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die beigefügten Änderungen der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven.

6.4 Wahl eines Vertreters der Stadt für die Hans-Beutz-Stiftung **330/2015**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.12.2015 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Als Vertreter der Stadt Wilhelmshaven für den Stiftungsrat der Hans-Beutz-Stiftung wird **Herr Olaf Mertens** gewählt.

6.5 Abberufung eines Mitglieds des Beirats „Marketing“ der Ostfriesland Tourismus GmbH und Benennung eines neuen Mitgliedes **331/2015**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.12.2015 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beruft Herrn Dr. Jens Gaul als Mitglied des Beirats „Marketing“ der Ostfriesland Tourismus GmbH zum 31.12.2015 ab.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven benennt als neues Mitglied mit Wirkung vom 01.01.2016 Frau Gunda Rosenboom, Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH.
3. Weiteres Mitglied des Beirates bleibt – wie bisher – Herr Michael Diers.

6.6 Abberufung eines Mitgliedes des Aufsichtsrats der JadeWeserPort InfoCenter GmbH und Benennung eines neuen Mitgliedes **339/2015**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.12.2015 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beruft Herrn Dr. Jens Gaul als Mitglied des Aufsichtsrates der JadeWeserPort InfoCenter GmbH zum 31.12.2015 ab.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven benennt als neues Mitglied im Aufsichtsrat der JadeWeserPort InfoCenter GmbH mit Wirkung vom 01.01.2016 Herrn Michael Diers, Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH.

6.7 Wahl eines Vertreters der Stadt für die Gesellschafterversammlung der JadeWeserPort InfoCenter GmbH **342/2015**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.12.2015 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Als Vertreter der Stadt Wilhelmshaven für die Gesellschafterversammlung der JadeWeserPort InfoCenter GmbH wird **Oberbürgermeister Andreas Wagner** gewählt.

6.8 Jobcenter Wilhelmshaven **344/2015**
a) Trägerversammlung
b) Standort Team U 25

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.12.2015 vor.

Aufgrund einer Einlassung von **Frau Ober-Bloibaum** erläuterte **Herr Stoffers** die Gründe für die fehlende Vorbereitung durch den Sozialausschuss, welche jedoch durch die Vorberatung im Verwaltungsausschuss geheilt werde.

Frau Ober-Bloibaum bemängelte, mit dem Umzug des Teams „U 25“ würden bewährte Strukturen zerstört. Sie sehe in diesem Schritt eine Fehlentscheidung, welche ein falsches politisches Zeichen setze. Sie appelliere daher dringend, die Bedürfnisse der Zielgruppe nicht zu vernachlässigen.

Herr Walpurgis wies darauf hin, dass die letzte Sitzung des Sozialausschusses mangels Beratungspunkten ausgefallen sei. Aus seiner Sicht müsse dieser Punkt in öffentlicher Sitzung vorberaten werden. Daher stelle er den **Antrag, Punkt b) des Beschlussvorschlages abzusetzen**.

Herr Debring beantragte die *getrennte Abstimmung* der beiden Punkte des Beschlussvorschlages, da seiner Meinung nach die beiden Vorschläge nicht geeignet seien, im Rahmen einer Beschlussvorlage beraten zu werden.

Herr Dr. von Teichman vertrat ebenfalls die Auffassung, es gehe um zwei verschiedene Sachverhalte, die nicht mit einer Abstimmung erfasst werden könnten. Er könne zudem die scheinbare Eilbedürftigkeit bezüglich Punkt b) nicht nachvollziehen. Seines Erachtens sollten auch die übrigen Beteiligten die Möglichkeit zur Stellungnahme erhalten. Er **beantrage** daher die *Rückverweisung des Punktes b) in den Sozialausschuss*.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde zunächst über die Änderungsanträge abgestimmt:

Der Antrag von Herrn Debring auf **getrennte Abstimmung** wurde **mehrheitlich abgelehnt**, ebenso wie der Antrag von Herrn Dr. von Teichman auf **Rückverweisung von Punkt b) in den Sozialausschuss**. Der Antrag von Herrn Walpurgis auf **Absetzung von Punkt b)** wurde damit gegenstandslos.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
 (bei 13 Gegenstimmen: WBV-Fraktion –ohne Frau Breuer; Gruppe UWG/Grüne; Frau Weinstock, BASU und Dr. von Teichman, FDP und 2 Enthaltungen: Frau Breuer, WBV-Fraktion und Herr Debring, SPD-Fraktion)

- a) Die Trägerversammlung besteht aus 6 Mitgliedern. Die Verwaltung wird ermächtigt, die drei von der Stadt zu entsendenden Vertreter/-innen (nebst Stellvertreter/-innen) zu benennen.
- b) Die Verwaltung wird ermächtigt, die Standortfrage des Teams U 25 mit dem Jobcenter zu klären und entsprechend umzusetzen.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

7.1.1 Aufgabe der Beteiligung an der Ostfriesland Tourismus GmbH **337/2015**

Die Vorlage wurde zurückgezogen!

7.1.2 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **329/2015**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 14.12.2015 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Orient Backhaus, Marktstr. 75, 26382 Wilhelmshaven	2.240,00 €	Sachspende an die Stadt Wilhelmshaven: Lieferung von ca. 100 Fladenbrotten am Tag (Herstellungskosten pro Stück ca. 0,38 €) zur Versorgung der Flüchtlinge in der Notunterkunft
2. Kiwanis Förderverein WHV-FRI e. V. c/o Th. Peiler Dodoweg 17 26386 Wilhelmshaven	4.000,00 €	Unterstützung der Sprachförderklassen an der BBS Friedenstraße

7.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schmidt)

- 7.2.1 Bebauungsplan Nr. 82 (vorhabenbezogen) /
Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 27 (VEP027)
- Posener Straße / Ostfriesenstraße-
1. Zustimmung zum Durchführungsvertrag,
2. Behandlung der Stellungnahmen,
3. Satzungsbeschluss und
4. Beschluss über die Neubekanntmachung des
Flächennutzungsplans 1973

319/2015

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.12.2015 vor.

Herr Dr. von Teichman monierte den langen Zeitraum, der seit dem Aufstellungsbeschluss vergangen ist. Seiner Auffassung nach müsste der Prozess zügiger vorangetrieben werden können.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Durchführungsvertrag zum Bebauungsplan Nr. 82 (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 27 (VEP 027) –Posener Straße / Ostfriesenstraße- zu und ermächtigt den Oberbürgermeister zu dessen Unterzeichnung.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt über die eingegangenen Stellungnahmen gemäß Vorlage (Abwägungskatalog).
3. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) i.V.m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in den z.Z. geltenden Fassungen den im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB aufgestellten Bebauungsplan Nr. 82 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 27 (VEP 027) –Posener Straße / Ostfriesenstraße- als Satzung. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 30.11.2015 ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 BauGB beigelegt.
4. Der Rat nimmt gleichzeitig zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan im Bereich des Bebauungsplans im Wege der Berichtigung gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB entsprechend der vorliegenden Darstellung angepasst wird (Berichtigung Nr. 16) und beschließt, dass der für das Stadtgebiet vorliegende Flächennutzungsplan 1973 in der Fassung neu bekannt zu machen ist.

7.2.2 Bebauungsplan Nr. 154 - Ehemalige Gärtnerei Lenauweg -
Entwurfsbeschluss

318/2015

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.12.2015 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des **Bebauungsplans Nr. 154 - EHEMALIGE GÄRTNEREI LENAUEG** - zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.2.3 Bebauungsplan Nr. 149 - Nordhafen Neu -
1. Behandlung der Stellungnahmen und
2. Satzungsbeschluss

317/2015

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.12.2015 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z.Z. geltenden Fassung den **Bebauungsplan Nr. 149 - NORDHAFEN NEU**- als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01 ff.) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigelegt.

7.2.4 Städtebaulicher Denkmalschutz
Städtebauliche Erneuerungsmaßnahme
"Wilhelmshaven-Östliche Südstadt"
Beschlüsse zur Programmaufnahme

274/2015

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.12.2015 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat beschließt die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen und das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept als Bestimmung der Ziele und Zwecke der Sanierung gemäß § 140 Nr. 3 und Nr. 4 BauGB. (Anlage 1).

2. Der Rat beschließt die Sanierungssatzung „Östliche Südstadt/Kaiser Wilhelm Brücke“ (Anlage 2) mit Geltungsbereich gemäß (Anlage 3) im umfassenden Verfahren, mit einer Durchführungsfrist von 15 Jahren gemäß § 142 Abs. 3 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S.2414), zuletzt geändert durch Artikel 118 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S.1474).
3. Die Stadt Wilhelmshaven wird den nicht durch Einnahmen und Fördermittel gedeckten Kostenanteil der Gesamtmaßnahme für die Dauer des Sanierungsverfahrens übernehmen (Anlage 4).

Die Anlagen 1, 2, 3 sind Bestandteil des Protokolls.

7.2.5 Beschluss über den Verkehrsentwicklungsplan (VEP), **225/2015**
Teil : Motorisierter Individualverkehr (MIV)
- Prognose 2030 und Planfälle

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.12.2015 vor.

Zwischen **Herrn Dr. von Teichman, Oberbürgermeister Wagner** und **Herrn Leinert** wurde kurz die Bedeutung der Mitarbeit des Verkehrsplaners am Gutachten thematisiert.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Frau Breuer** erklärte **Herr Leinert**, dass der Rat mit diesem Beschluss das Gutachten als städtebauliche Grundlage anerkenne, ohne jedoch alles dort Beschriebene zwingend umsetzen zu müssen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 5 Gegenstimmen: Gruppe UWG/Grüne-ohne Herrn Walzner; Frau Weinstock, BASU und Herr Dr. von Teichman, FDP sowie 2 Enthaltungen: Herr Walzner, Gruppe UWG/Grüne und Herr Lietzmann, WBV-Fraktion)

Der RAT der Stadt Wilhelmshaven beschließt den Verkehrsentwicklungsplan, Teil Motorisierter Individualverkehr (MIV), für die Stadt mit dem vorliegenden Schlussbericht September 2015.

7.2.6 STEP Plus Wilhelmshaven **285/2015**
Integrierter Stadtentwicklungsplan -
Handlungsprogramm

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.12.2015 vor.

Herr von den Berg lobte den Prozess als einmalig in der Stadt und unterstützenswert.

Herr Dr. von Teichman monierte, dass seit dem Frühjahr in diesem Bereich keine Aktivitäten mehr zu verzeichnen seien. Das Vorhaben kranke am demografischen Wandel, dem seiner Meinung nach im Handlungsprogramm nicht genug Bedeutung beigemessen werde.

Herr Leinert widerlegte anhand verschiedener Beispiele den Vorwurf der Untätigkeit von Herrn Dr. von Teichman. Die mit der Erstellung des Handlungskonzeptes verbundene Arbeit dürfe nicht unterschätzt werden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 2 Enthaltungen: Frau Weinstock, BASU und Herr Dr. von Teichman, FDP)

Aufgrund der hohen strategischen Bedeutung des integrierten Stadtentwicklungsplanes STEP Plus wird dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen:

!:

Das fachübergreifend abgestimmte Handlungsprogramm 2015 – 2018 entwickelt aus dem bereits beschlossenen Handlungskonzept des Stadtentwicklungsplans vom 26.11.2014 wird beschlossen.

Die Anlage (Handlungsprogramm) ist Bestandteil des Beschlusses.

7.2.7 STEP Plus - Beirat für Stadtentwicklung **279/2015**
Geschäftsordnung und Besetzung - Mitglieder

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.12.2015 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der anliegenden Geschäftsordnung zum Beirat für Stadtentwicklung (Stand 17.11.15) wird zugestimmt (Anlage 1).
2. Der Besetzung des Beirates lt. anliegender Liste wird zugestimmt (Anlage 2).

7.2.8 Antrag Ratsherr Dr. von Teichman (FDP) auf Veröffentlichung des **543/2015**
Gutachtens „Wassertouristisches Entwicklungs- und
Nutzungskonzept“

Herr Dr. von Teichman brachte seinen Antrag ein und begründete diesen anschließend.

Das Verfahren zur Veröffentlichung von Gutachten im Allgemeinen und des „Wassertouristischen Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes“ im Besonderen wurde zwischen **Herrn Dr. von Teichman, Herrn Leinert, Herrn Becker, Herrn Hellwig** und **Herrn Sokolowski** diskutiert.

Beschluss: -mehrheitlich **abgelehnt**-
(bei 14 Ja-Stimmen: WBV-Fraktion; Gruppe UWG/Grüne; Frau Weinstock, BASU und Herrn Dr. von Teichman, FDP sowie 4 Enthaltungen: Herr Gerriets, CDU-Fraktion; Herr Schmidt, Herr Debring und Frau Bakir, alle SPD-Fraktion)

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, das Gutachten „Wassertouristisches Entwicklungs- und Nutzungskonzept“ sofort und in vollem Umfang

dem Rat und der Öffentlichkeit als Hardcopy oder in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen. Die Möglichkeit, es in einem Büro der Verwaltung einzusehen, wird als unzureichend abgelehnt.

7.2.9 Sanierung Feuerschiff „Weser“, Zukunft der Museumsschiffe

184/2015

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.12.2015 vor.

Oberbürgermeister Wagner informierte, es habe zwischenzeitlich Gespräche mit der Segelkameradschaft Klaus Störtebeker gegeben. Von dort sei mit Schreiben vom 28.10.2015 vorgeschlagen worden, dass die Stadt die gesamten Sanierungs- sowie sämtliche zukünftige Unterhaltskosten wie auch die notwendigen Aufgaben im Zusammenhang mit Liegeplätzen übernehmen solle. Dieser Vorschlag sei verwaltungsseitig in der letzten Sitzung des Finanzausschusses kommentiert worden; eine entsprechende Reaktion des Vereins habe der WZ entnommen werden können. Die Stadt werde jedoch weiterhin in Gesprächen versuchen, mögliche Lösungsformen zu ermitteln. Aktuell stehe ein Unterwasseranstrich des Feuerschiffes an, um ein Schwimmfähigkeitszeugnis zu erhalten. Der frühestmögliche Werfttermin hierfür liege allerdings im Mai 2016, so dass noch Zeit zur Verfügung stehe, um zunächst weitere Ideen zu entwickeln.

Herr Föhlinger beantragte für die Fraktionen von SPD und CDU die **Vertagung** dieser Vorlage: *„Die Vorlage 184/2015 wird vertagt und über die Gremien, Fachausschüsse, FiWi, VA dem Rat am 16. März zur Entscheidung vorgelegt.“*

Herr Dr. von Teichman bemängelte das Vorgehen der Verwaltung, da nach seinem Empfinden seit dem letzten Vertagungsantrag keine Aktivitäten zu verzeichnen gewesen seien. Seiner Meinung nach sei damit gegen den Auftrag des Rates verstoßen worden. Er halte eine Vertagung zwar für sinnvoll, befürchte aber, dass dies ebenfalls keine neuen Erkenntnisse bringe. Zunächst müsse vor allem die Frage geklärt werden, welche Ziele die Stadt mit ihrem Hafen und den Museumsschiffen verfolgen wolle.

Herr Hellwig hob hervor, dass eine Vertagung durchaus vernünftig sei, da die Zeit erneut genutzt werden könne, um die Verhandlungen weiter zu führen und die gewonnenen Erkenntnisse für eine Entscheidung nutzen könnten.

Herr Becker appellierte, die neu gewonnene Zeit im zuständigen Fachausschuss zur aktiven Auseinandersetzung mit dem Thema zu nutzen.

Oberbürgermeister Wagner hielt dem entgegen, dass jedoch in jedem Fall eine Entscheidung getroffen werden müsse. Und diese Entscheidung werde so oder so nicht angenehm sein: Entweder verliere die Stadt eines oder beide Schiffe oder sie müsse Geld für die Reparatur und die Unterhaltung der Schiffe in die Hand nehmen. Um diese Entscheidung komme der Rat jedoch nicht herum.

Der **Vertagungsantrag** der Fraktionen CDU und SPD wurde daraufhin **einstimmig angenommen**.

Beschluss: -vertagt-

Der Rat der Stadt beschließt die Aufgabe eines Museumsschiffes,

und zwar

- a) des „Tonnenlegers „Kapitän Meyer“ oder
- b) des Feuerschiffs „Weser“.

Sofern zu obigem Beschlussvorschlag die Variante b) nicht angenommen wird:

Der Rat der Stadt beschließt die im Gutachten für die Sanierung Feuerschiff „Weser“ festgelegten Kosten in Höhe von 595.000 Euro in den 1. Nachtrag 2015/16 einzustellen und die jährlichen Unterhaltungskosten für die beiden Museumsschiffe in Höhe von voraussichtlich 50.000 bis 100.000 Euro sicherzustellen.

Sofern zu obigem Beschlussvorschlag die Varianten a) und b) nicht angenommen werden:

Der Rat der Stadt beschließt die Aufgabe der Museumsschiffe Feuerschiff „Weser“ und Tonnenleger „Kapitän Meyer“. Die Schiffe sind nach Möglichkeit zu verkaufen, notfalls zu verwerten.

7.3 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsherr Harms)

7.3.1 Betriebsführungsvertrag "UNESCO - Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum" e.V. **301/2015**

Herr Harms trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 02.12.2015 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt einen neuen Betriebsführungsvertrag zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Verein „UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum e.V.“ mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2016.

7.3.2 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und Entgeltordnung für den Rettungsdienstbereich Wilhelmshaven **321/2015**

Herr Harms trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 02.12.2015 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

- a) Der Rat stimmt der Vereinbarung der Stadt Wilhelmshaven mit den gesetzlichen Krankenkassen und der gesetzlichen Unfallversicherung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß §15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) ab dem 01.12.2015 zu.
- b) Der Rat beschließt die Entgeltordnung für den Rettungsdienst der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 18.11.2015.

- 7.3.3 Antrag Gruppe UWG/Grüne auf Verabschiedung eines Handlungsauftrages an die Verwaltung bezüglich Hundefreilaufflächen **547/2015**

Herr Walpurgis erklärte, die Gruppe **ziehe diesen Antrag zurück**.

Beschluss: -zurückgezogen-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge auf der Sitzung am 16.12.2015 folgenden Handlungsauftrag an die Verwaltung beschließen:

Dem Rat soll innerhalb der nächsten sechs Monate (spätestens Junisitzung 2016) eine Vorlage zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Verwaltung erarbeitet ein Flächenkataster, in dem Freilaufflächen für Hunde ausgewiesen werden. Diese Hundefreilaufflächen sollen leicht zugänglich sein und ausgewogen im Stadtgebiet verteilt werden. Je größer die jeweilige Hundefreilauffläche, desto besser.

Es sollen alle zuständigen städtischen, aber auch regionale und überregionale Behörden von Belangen beteiligt werden. Im Einzelnen nennen wir die Verwaltungseinheiten GGS, TBW, Ordnungsamt, Rechtsamt, Naturschutzbehörden, III. Oldenburgischer Deichband, Tierschutzbehörden, Amt für Stadtplanung und Nationalparkzentrum. Federführend soll das Dezernat 3 / Amt für Stadtplanung Vorschläge erarbeiten und vorstellen.

- 7.4 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Beigeordneter Hellwig)

- 7.4.1 JadeWeserPort: Erfüllung der Verpflichtung zu einer Infrastrukturkostenbeteiligung **347/2015**
hier: Übertragung von Grundstück und Darlehen auf den Eigenbetrieb GGS

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 10.12.2015 vor.

Herr Leinert erklärte, dass das Grundstück mitsamt dem dazugehörigen Kredit sowie den entsprechenden Zins- und Tilgungsleistungen nach Erwerb durch die Stadt auf den Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude als zuständiger Eigenbetrieb im Konzern Stadt übertragen werde. Ziel sei, das Grundstück als Industriefläche zu entwickeln.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Übertragung des im Rahmen der Erfüllung der Verpflichtung zu einer Infrastrukturkostenbeteiligung am JadeWeserPort zu erwerbenden Grundstückes sowie des zur Finanzierung des Grundstücks vom Kernhaushalt aufgenommenen Darlehens mit einem Betrag von jeweils rund 10,5 Mio. € vom Bilanzeigentum der Kernverwaltung in das Bilanzeigentum des Eigenbetriebes „Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven“ (GGS) zu.

2. Die Übertragung des Grundstückes erfolgt zu dem Stichtag, an dem das Grundstück in das Eigentum der Stadt Wilhelmshaven übergeht.
3. Die Übertragung des Darlehens erfolgt vorbehaltlich der Schaffung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen, zu dem Stichtag, an dem die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, frühestens jedoch zu dem Stichtag, an dem auch das Grundstück an GGS übertragen wird.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Wagner berichtete über den aktuellen Sachstand zum Thema „Flüchtlinge“:

Am Montag, dem 14.12.2015, seien 101 Flüchtlinge im Wege der Amtshilfe in Wilhelmshaven aufgenommen worden, davon seien 86 Personen weitergereist, die übrigen in der Notunterkunft der Stadt untergebracht worden. Weitere 78 Flüchtlinge, die über die Amtshilfe im KKG untergekommen waren, sind zwischenzeitlich als Quote der Stadt fest zugewiesen worden. Außerdem wohnen derzeit 60 weitere Geflüchtete, die im Wege der Quotenverteilung nach Wilhelmshaven gekommen sind, für die bislang aber noch kein dezentraler Wohnraum zur Verfügung stand. Insgesamt beherberge die Notunterkunft im KKG 140 Personen auf. Die Amtshilfe solle zum 31.12.2015 beendet werden, eine Verlängerung sei jedoch nicht auszuschließen. Die Stadt sei auf die Aufnahme von weiteren Amtshilfe-Flüchtlingen aber gut vorbereitet.

Die nächste Zuweisung von Flüchtlingen über die Quotenverteilung sei für den 04.01.2016 angekündigt, wobei die genaue Zahl noch unbekannt sei.

Die Unterkunft Albrechtstraße habe mittlerweile fertig gestellt werden können und könne ab dem 04.01.2016 den Betrieb aufnehmen. Dem großem Engagement aller Beteiligten sei es zu verdanken, dass innerhalb von 6 Wochen aus einem leer stehenden, maroden Gebäude eine sehr wohnliche Unterkunft habe hergerichtet werden können, deren Kosten noch dazu 25 % unter dem ursprünglichen Ansatz lägen. Hier wolle er allen Beteiligten seinen besonderen Dank aussprechen.

Herr Möhle schloss sich im Namen des Rates dem Dank an.

Oberbürgermeister Wagner berichtete weiter, dass das Thema aufgrund seiner voraussichtlichen Langfristigkeit auch in der Organisationsstruktur der Verwaltung abgebildet werden solle. Daher habe man eine Steuerungsgruppe eingerichtet, die sich um die speziellen Anforderungen, die sich aus dem Umgang mit dem Thema ergäben, behandeln solle. Der Steuerungsgruppe gehören neben ihm selbst noch Herr Stoffers (Erster Stadtrat), Herr Müll (Referatsleiter Personal und Organisation), Frau Fiedelak (Referatsleiterin Bürgerangelegenheiten), Herr Feist (Referatsleiter Jugend), Herr Valnion (Fachbereichsleiter Finanzen) und Frau Franz (Rechtsamt) an.

Im operativen Geschäft sei ein Koordinator sowie ein Einsatzstab in der Flüchtlingshilfe eingesetzt worden. Der Einsatzstab bestehe aus 4 Personen aus dem Bereich des Katastrophenschutzes, die nun permanent für die Flüchtlingshilfe eingesetzt würden.

Darüber hinaus stehe die Stadt in gutem Kontakt mit Vermietern, besonders mit größeren Wohnungsportfolien, wo inzwischen sequentiell immer wieder größere Wohnungsbestände abgerufen werden könnten. Als Ergebnis dessen könne

sowohl der Januar als auch Größtenteils der Februar mit Wohnungsangeboten abgedeckt werden, so dass es keine Schwierigkeiten in der Unterbringung gebe. Nach wie vor werde eine dezentrale Unterbringung angestrebt, um Konzentrationen in einem Stadtteil zu vermeiden.

Die Ebkeriege werde voraussichtlich im Februar oder im März in Betrieb gehen. Die Zahl der dort als Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Untergebrachten stehe derzeit aber noch nicht genau fest. Dazu werde die Stadt jedoch noch genauere Informationen veröffentlichen, sobald Details bekannt seien.

Herr Stoffers informierte abschließend, Oberbürgermeister Wagner habe einen Heranziehungsbescheid der Bundeswehr für eine Einzelübung im Zeitraum 24.01. bis 05.02.2016 in Hamburg erhalten.

9 Einwohnerfragestunde

9.1 Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

9.2 Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Frau Antje Kloster bezog sich auf Tagesordnungspunkt 6.2 und machte darauf aufmerksam, dass sich der Ortsrat entgegen der Aussage von Herrn Stoffers sehr wohl zur Beschlussvorlage geäußert und diese einstimmig abgelehnt habe.

Herr Stoffers erklärte, es handele sich hier um ein Missverständnis. Unstrittig sei, dass der Ortsrat sich mit der Vorlage befasst und diese abgelehnt habe. Aber das Thema sei im Rahmen der Anhörung im Ortsrat bereits vor dieser abschließenden Entscheidung behandelt worden. Im Rahmen dessen hätte der Ortsrat die Möglichkeit gehabt, selber initiativ tätig zu werden, welches jedoch nicht erfolgt sei.

Nachdem keine weiteren Fragen mehr vorlagen, wurde die **Einwohnerfragestunde geschlossen.**

Herr Möhle wünschte anschließend allen schöne Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

gez.

Möhle
Ratsvorsitzender

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin